

Zentrum – Peripherie: Modellüberlegungen am Beispiel des Kronlandes Salzburg*

Von Ernst Hanisch

1.

Die Zentrum-Peripherie-Beziehung wird hier als strukturbedingter, in der Tiefe jeder Gesellschaft verankerter Spannungszustand verstanden¹. Die Nationalitätenkonflikte der Habsburgermonarchie – ein Lieblingsforschungsfeld der Historiker – werden in diesem Konzept als abhängige Variable betrachtet, die jeweils nur eine Dimension, die kulturelle, thematisiert.

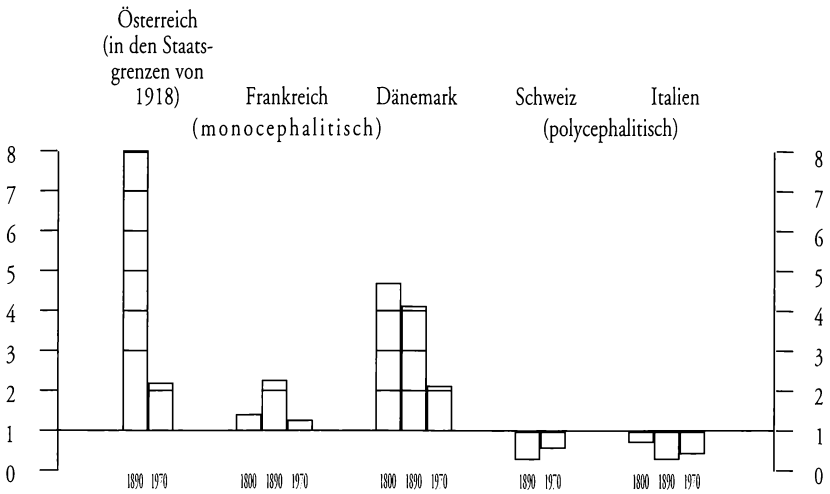
Zunächst ist es notwendig, die Elemente dieser Beziehungen genauer zu definieren. Sowohl das Zentrum als auch die Peripherie enthalten in diesem Modell drei Dimensionen: eine ökonomische, eine politische, eine kulturelle. Als Zentrum eines Territoriums gilt jener Ort, wo

- alle gesellschaftlichen Funktionen verdichtet und konzentriert auftreten;
- wo die wichtigsten politischen Entscheidungsträger am häufigsten zusammentreffen;
- wo die entscheidenden ökonomischen Ressourcen abberufen werden;
- wo die zentralen Symbole aufbewahrt und die Rituale der Einheit vollzogen werden;
- wo die öffentlichen Gebäude gleichsam als steingewordener Ausdruck dieser Einheit figurieren;
- wo die Kommunikationsprozesse kontrolliert werden und die wichtigsten Zeitungen erscheinen;
- wo die Transportwege zusammenlaufen;
- wo die höchsten Bildungsinstitutionen lokalisiert sind usw.

Wien als Haupt- und Residenzstadt, als Mittelpunkt eines *crusading empire*, als Konzentrationspunkt des Finanzkapitals, als Stadt der Hofoper . . . erfüllte diese zentralen Funktionen in hervorragender Weise. Darauf kann ich nicht eingehen². Aber auf die Größenverhältnisse ist zu achten. In allen vergleichenden sozialwissenschaftlichen Studien wird Österreich (allerdings in den Grenzen nach 1918) als ausgeprägt monocephalisch beschrieben, im Gegensatz zur polycephalitären Struktur der Schweiz oder Westdeutschlands. Diese Überdimensionierung Wiens läßt sich ohne weiteres aus der Zentrumsfunktion eines 50-Millionen-Reichs erklären. Als sichtbares Problem für die Alpenländer tauchte Wien erst nach 1918 auf.

* Der Text wurde 1987 bei der Österreichisch-Ungarischen Historikertagung in Budapest vorgelegt.

Aber latent und vielfach überlagert bestand dieses Problem bereits in der Monarchie. Ein Ländervergleich kann dies verdeutlichen. Im folgenden Schaubild haben Stein Rokkan und Derek W. Urwin die Wohnbevölkerung der jeweils größten Stadt eines Landes mit der Bevölkerungssumme der vier nächstgrößeren Städte verglichen³.



1 = gleich groß; 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8× größer als die Summe der vier nächstgrößeren Städte

Die spannende Frage der Konkurrenzsituation zwischen Wien und Budapest bzw. Prag seit dem letzten Drittel des 19. Jahrhunderts kann hier nicht diskutiert werden⁴. Hingegen ist es notwendig, auch die Peripherie näher zu bestimmen.

Als Peripherie gilt jenes Gebiet, das gegenüber dem Zentrum in allen Bereichen „rückständig“ ist, sowohl auf dem Sektor der Ökonomie als auch auf dem Sektor Politik und Kultur. Gleichzeitig ist dieses Gebiet jedoch vom Zentrum in allen drei Dimensionen abhängig. Die Lebensvollzüge sind meist noch persönlich, verwandtschaftlich, nachbarschaftlich eingebunden, daher weniger anonym und bürokratisch gelenkt. Die politische Herrschaft wird von regionalen Honoratioreneliten gesteuert, die großen Apparate – Staat, Parteien, Verbände – greifen nur beschränkt durch. Die Kultur ist stark parochial geprägt. Kurz, der wesentliche Zug der Moderne, nämlich die Herausbildung einzelner, relativ unabhängiger Subsysteme ist noch wenig fortgeschritten. Innerhalb dieses allgemeinen Rahmens ist jedoch eine beachtliche Variation von unterschiedlich strukturierten Peripherien zu finden⁵.

Iván T. Berend und György Ránki haben zur Zentrum-Peripherie-Problematik eine weitere wichtige Beobachtung beigetragen⁶. Ein quantifizie-

render Vergleich der rückständigen mit den entwickelten Gebieten steht vor dem Problem, daß zwar in der entwickelten Region zahlreiche Funktionen vom „Haus“ in die öffentliche Sphäre verlegt wurden – somit in die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung einfließen können –, in den rückständigen Gebieten indes an das Haus gebunden bleiben: Das Brot wird noch im Haus gebacken und nicht beim Bäcker gekauft; dieses Brot hinterläßt keine Spuren in der Berechnung des nationalen Brutto Produkts. Mit anderen Worten: Im quantifizierenden Vergleich müssen die rückständigen Gebiete noch rückständiger erscheinen als sie tatsächlich sind!

2.

Jeder Staatsbildungsprozeß steht entlang der Zentrum-Peripherie-Achse vor zwei Herausforderungen: 1. der Penetration von oben – vom Zentrum her eine rationale Bürokratie aufzubauen und die Peripherie „mit dem papierweißen Arm der Bürokratie“ (Robert Musil) zu umschlingen; 2. der Integration der Peripherie von unten her – die intermediären Herrschaften (Stände, hoher Adel, Kirchen und Korporationen) in irgendeiner Form an das Zentrum zu binden. Zwischen diesen beiden Herausforderungen der modernen Staatsbildung – Penetration und Integration – bestand von Anfang an ein struktureller Konflikt⁷. Historisch konkret läßt sich dieser strukturelle Konflikt als Konflikt zwischen Zentrum und Peripherie, zwischen Ständen und zentraler Bürokratie, zwischen Föderalismus und Zentralismus definieren; eine Konfliktzone, die sich in der Habsburgermonarchie durch die Nationalitätenfrage weitaus schärfer als im Westen ausprägte. Die Konstruktion einer doppelten Landesverwaltung – der zentralistisch-landesfürstlich „politischen“ und der autonomen Verwaltung in Cisleithanien – war der Versuch einer relativ elastischen und erfolgreichen Antwort auf diese Herausforderung.

Dieser modellhaft skizzierte Staatsbildungsprozeß erfolgte jeweils schubhaft. Drei solcher Schübe lassen sich herausheben: die mariatheresianisch-josephinische, die neoabsolutistische und die liberale Phase. Kennzeichnend für alle drei Phasen war, daß der Staatsbildungsprozeß von „oben“ her erfolgte; der Versuch, ihn von unten her zu gestalten, scheiterte in der Revolution von 1848. Dieser erfolgreiche Staatsbildungsprozeß von oben her prägte die politische Kultur der Habsburgermonarchie entscheidend und hatte Auswirkungen bis in die Gegenwart⁸. Der monocephalistischen Struktur entsprach ein weitgehend zentralistischer Staatsaufbau. Aber daß es überhaupt gelang, diese, wie es Friedrich Engels boshaft formulierte, buntscheckig zusammengeerbten und zusammengestohlenen Königreiche und Länder in einem Staat zusammenzufassen, war eine überaus beeindruckende Leistung der Dynastie und Bürokratie⁹. Denn die Spaltungen – nach Ethnien geographischen Bedingungen und kulturellen Antagonismen, Spaltungen nach Religionen, Sprachen und Mentalitäten, Spaltungen

gen nach ökonomischen Entwicklungsstadien – waren weitaus tiefer, mehr dimensioniert, und traten geballter auf als im Westen. Österreich erreichte das Zeitalter der Massenmobilisierung, ohne einen geglückten Nationsbildungsprozeß aufzuweisen!

Das Grunddilemma Cisleithaniens läßt sich dann so bestimmen: Es glückte zwar der Staatsbildungs-, es scheiterte aber der Nationsbildungsprozeß. Der gesamtstaatliche Reichspatriotismus blieb dünn; im Schoß der Monarchie formten sich die Nationalitäten zu vollentwickelten Nationen aus – quer zum Gesamtstaat.

3.

Ich verlagere nun das Blickfeld und konzentriere mich auf das Kronland Salzburg als Paradigma. Vorerst ist das Spezifische dieser Peripherie näher zu umschreiben.

Das Herzogtum Salzburg war eines der kleinsten Kronländer der multinationalen Habsburgermonarchie; es umfaßte lediglich ein Prozent des Staatsgebiets und lag an der äußersten Peripherie – allerdings mit einer wichtigen Relaisfunktion zum Deutschen Reich und zahlreichen Kommunikationsbewegungen ins benachbarte Bayern. Das Kronland hatte als Erzstift eine lange Tradition der eigenständigen Staatsbildung hinter sich und kam erst 1816 endgültig an Österreich; ein „Anschluß“, der mit einer lang anhaltenden ökonomischen Stagnation bezahlt wurde¹⁰. Aber bereits lange vorher hatte Salzburg das Schicksal des klassischen fragmentierten Städtegürtels geteilt und hatte mit der Verlagerung des Schwerpunkts der Weltökonomie an den Atlantik gravierende Positionsverluste zu verkraften¹¹. Der Vorteil der Paßlage verlor an wirtschaftlichem Wert. Im Zeitalter der Eisenbahnen lag das Land abseits der großen alpinen Verkehrsadern und wurde relativ spät an das Eisenbahnnetz angeschlossen: 1860 in der West-Ost-Richtung, 1909 – nach jahrzehntelangen Auseinandersetzungen – an die Nord-Süd-Richtung¹². Obendrein hatte das Land eine beachtliche Deindustrialisierung zu verarbeiten¹³ und verlor bis zur Jahrhundertmitte das eigenständige Verwaltungszentrum (als Kreis von Oberösterreich). Alles Hinweise auf eine deutliche Verprovinzialisierung¹⁴.

Nach wie vor stark war die gesellschaftliche Position der katholischen Kirche. Reziprok dazu entwickelte sich in den bürgerlichen, später in den sozialdemokratischen Segmenten der Gesellschaft ein veritabler Antiklerikalismus, der in beiden Segmenten stark deutschnational durchzogen war¹⁵. Was indes fehlte, waren ein mächtiger eigenständiger Adel und ein korrespondierender Großgrundbesitz.

Das Kronland mußte die Industrialisierungswelle gleichsam überspringen, um in einem späteren Stadium an die eigenständigen Ressourcen anknüpfen zu können. Diese Ressourcen waren: reichliche Wasserkräfte, die man zu Beginn des 20. Jahrhunderts auszubeuten begann; eine unverdor-

bene hochalpine Natur, die für den Fremdenverkehr nutzbar gemacht werden konnte; die Ästhetik einer einmaligen Stadt, die als kulturelles Kapital nach und nach für das Wirtschaftswachstum eingesetzt wurde¹⁶.

Wiesen Geographie und Ökonomie Salzburg in eine periphere Lage, so existierten drei Faktoren, die das Kronland außerordentlich stark an das Zentrum Wien banden: gleiche Sprache, gleiche Religion, gleiche Identität. Bei allen Spannungen war Wien doch die Kaiserstadt!

In der Zeit des allgemeinen Wahlrechts (für Männer) war das kleine Salzburg mit sieben Mandaten im Wiener Reichsrat privilegiert vertreten. Während bei den Landwahlbezirken im österreichischen Durchschnitt auf 58.700 Bewohner ein Abgeordneter entfiel, reichten in Salzburg 29.100 Bewohner aus (in Galizien konnten erst 87.800 Einwohner einen Abgeordneten wählen). Die Bevorzugung der deutschen Kronländer wird hier deutlich sichtbar¹⁷. Seit 1911 stellte Salzburg mit dem deutschfortschrittlichen Abgeordneten Dr. Julius Sylvester, spöttisch „Herr von Salzburg“ genannt, auch den Präsidenten des Abgeordnetenhauses.

Salzburg hatte Anteil an der Dominanz der „deutschen“ Kultur, als Kultur des Kaisers, als Kultur Wiens. Immer wieder wurde die Überlegenheit der deutschen Kultur über die slawische betont. In diesem krankhaften Überlegenheitsdünkel schwang viel Angst mit, die Angst, diese privilegierte Stellung mit der Zeit zu verlieren.

Die strukturbedingten Spannungen auf den Ebenen der Ökonomie und Politik zwischen Wien als Metropole und Salzburg als Provinz konnten in der Monarchie nicht zu Konflikten ausreifen. Die kulturellen Bindungen des „deutschen“ Salzburg an das „deutsche“ Wien überlagerten die anderen Konfliktfelder, wirkten dämpfend und garantierten einen starken Zusammenhalt der „deutschen“ Kronländer. Erst als der slawische Druck wegfiel, in der Zeit der Ersten Republik, kamen die Konflikte in allen drei Dimensionen zum Reifen. Nun profilierte sich auch die alpenländische Kultur stärker, im Gegensatz zur internationalen urbanen, meist als jüdisch akzentuierten Wiener Kultur.

Diese empirischen Beobachtungen müssen in der theoretischen Diskussion verwertet werden. Nicht jede grundlegende Spannung (anders gesagt: Interessengegensatz) muß zu Konflikten führen. Es gibt so etwas wie einen Latenzzustand und eine Rangordnung der Konflikte¹⁸.

4.

Enthäutet man jenes hochkomplexe labile Gebilde – österreichisch-ungarische Monarchie genannt – auf seinen machtpolitischen Kern, enthüllt sich ein halb „feudaler“, halb absolutistischer, konstitutionell eingefaßter Obrigkeitsstaat, der sich nur langsam und mühsam demokratisieren ließ. Aber Österreich-Ungarn war gleichzeitig ein Rechtsstaat. Persönliche Willkür – auch die des Monarchen! – war weitgehend ausgeschlossen; persön-

liche Beziehungen freilich unterliefen den rechtsstaatlichen Prozeß immer wieder.

Im Gegensatz zum Kaiser versuchte der Thronfolger Franz Ferdinand punktuell in die Verwaltung einzugreifen, zumal wenn es um seine neurotische Jagdleidenschaft ging. Franz Ferdinand besaß in Salzburg das Gut Blühnbach, und sein Bestreben, die ganze Umgebung des Jagdschlusses abzusperren, führte zu zahlreichen Konflikten, in die auch die Presse offen eingriff. Der Thronfolger seinerseits schaltete die Regierung ein. Im Jahr 1907 schrieb Ministerpräsident Max Wladimir von Beck eigenhändig an den Salzburger Landespräsidenten und forderte diesen auf, die Redakteure stärker zu „beeinflussen“. Der Landespräsident verstand und versprach, Zuckerbrot und Peitsche effektvoller einzusetzen, nämlich

1. mit geeigneten Personen der Salzburger Presse in Kontakt zu treten und auf Mäßigung zu wirken (eine diesbezügliche Zusage war bereits eingetroffen), und
2. die Zensur zu verschärfen. Alle „Se. Kais. Hoheit verletzenden Zeitungsartikel“ würden unnachsichtig der Konfiskation verfallen¹⁹.

Der alte Kaiser indes, längst zum Mythos geronnen, wurde von allen gesellschaftlichen Gruppen verehrt oder zumindest respektiert; mentalitätsmäßig wohl die stärkste Bindung zwischen Zentrum und Peripherie. Der Kaiser war – staatsrechtlich gesehen – geheiligt, unverletzlich und unverantwortlich. Der Kaiser erließ die Landesverfassung, ernannte die obersten Repräsentanten: den Landespräsidenten und den Landeshauptmann. Der Kaiser berief den Landtag ein, schloß die Session. Der Kaiser sanktionierte die Landesgesetze²⁰.

Jedes Kaiserfest, die jährliche Geburtstagsfeier am 18. August, die zahlreichen Regierungsjubiläen verwurzelten und erneuerten den Kaiser-Mythos: mit Festgottesdiensten, Militäraufmärschen, Fahnen und Beleuchtungen, mit dem Radetzky marsch und mit dem – überaus populären und ins Gemüt zielenden – „Gott erhalte“.

Im Namen des Kaisers amtierte der zentralistische Obrigkeitsstaat, ein Staat oder, genauer: eine Bürokratie, die so gut wie alle autonomen politisch-gesellschaftlichen Bereiche zu überwachen und zu lenken suchte. Der Landespräsident durfte jederzeit im Landtag das Wort ergreifen; staatliche Beamte wohnten den Sitzungen der Interessenvertretung bei; jede öffentliche Versammlung wurde von einem Polizeiagenten überwacht und – bei Bedarf – aufgelöst. Der Staat kontrollierte die Kirche: jede Bischofs- oder Abtwahl mußte angezeigt und die Zustimmung eingeholt werden. Die Zensur strich anstößige Stellen aus Theaterstücken und ließ die Publikationen der Presse mit weißen Flecken erscheinen.

Der spezifische Staatsbildungsprozeß von oben hatte der bürgerlichen Gesellschaft wenig Raum zum Freispiel gelassen. Dem entsprachen auf seiten der bürgerlichen Gesellschaft ein ökonomisch wenig potentes industrielles Unternehmertum und ein gouvernemental überformter Liberalismus²¹.

Der politisch und gesellschaftlich mächtigste Mann im Kronland war der Landespräsident. Ihm gegenüber spielte der Landeshauptmann eine eher marginale Rolle, aber als Chef der autonomen Verwaltung, als Vorsitzender des Landtags war er in der Bevölkerung weitaus besser verankert. Der Landespräsident kam von außen, war ein Fremder, der Landeshauptmann indes öfter ein Einheimischer (bzw. eine im Land bereits etablierte Persönlichkeit): sinnfälliger Ausdruck der sozialwissenschaftlichen Kategorie Penetration und Integration.

Tabelle 1: *Landespräsidenten in Salzburg*

Franz Freiherr von Spiegelfeld (geb. in Marburg)	1861–1863
Eduard Graf Taaffe (geb. in Wien)	1863–1867
Karl Graf Coronini-Cronberg (geb. in Paris)	1867–1869
Ernst Graf Gourcy-Droitaumont (geb. in Wien)	1869–1870
Adolf Wilhelm Fürst Auersperg (geb. in Wlaschim)	1870–1871
Siegmond Graf Thun-Hohenstein (geb. in Klösterle, Böhmen)	1872–1897
Clemens Graf Saint-Julien-Wallsee (geb. in Wolfsegg, OÖ) . .	1897–1908
Lewin Graf Schaffgotsch (geb. in Bonn)	1908–1913
Dr. Felix Schmitt-Gasteiger (geb. in Marburg)	1913–1918

Quelle: Hundert Jahre selbständiges Land Salzburg (Salzburg 1961), S. 102–106.

Der politische Repräsentant des Kaisers, der Landespräsident, war bis 1913 immer ein Hocharistokrat. Mit Ausnahme des Grafen Thun-Hohenstein, der mehr als 25 Jahre in Salzburg wirkte, beliebt und 1900 durch ein Denkmal der Stadt Salzburg ausgezeichnet, war die Verweildauer der übrigen Landespräsidenten eher kurz, meist nur ein Durchgangsstadium für eine größere politische Karriere.

Tabelle 2: *Landeshauptmänner*

Josef Freiherr von Weiß (geb. in Zellhof, OÖ, Landesgerichtspräsident in Salzburg)	1861–1872
Hugo Raimund Reichsgraf von Lamberg (geb. in Feistritz, Präsident der k. u. k. Landwirtschaftsgesellschaft in Salzburg)	1872–1880
Carl Graf Chorinsky (geb. in Linz, Landesgerichtspräsident in Salzburg)	1880–1890
Dr. Albert Schumacher (geb. in Salzburg, Arzt) .	1890–1897, 1902–1909
Alois Winkler (geb. in Waidring, Priester)	1897–1902, 1909–1919

Quelle: Hundert Jahre selbständiges Land Salzburg (Salzburg 1961), S. 107–111.

Die „Verbürgerlichung“ setzte in der autonomen Verwaltung weitaus früher ein als in der staatlichen Verwaltung. Während die Landesregierung zumindest formell über den politischen Parteien stand (der Innenminister

duldete „unter keinen Umständen“, daß ein Beamter in einer Versammlung oder in einem Verein politisch hervortrete, auch in keinem konservativen Verein)²², mußte bei der Zusammensetzung des Landesausschusses auf die politischen Kräfteverhältnisse im Landtag Rücksicht genommen werden. Seit den 90er Jahren wechselten sich der Liberale Albert Schumacher und der Konservative bzw. Christlichsoziale Alois Winkler als Landeshauptleute – je nach der Mehrheit im Landtag – ab.

Der säkulare Trend zur Demokratisierung wirkte zwar auf die Zusammensetzung des Landtags und des Landesausschusses ein, die staatliche Verwaltung blieb davon fast zur Gänze unberührt. Der Wiener Zentralismus ließ den Landtag immer wieder seine Macht spüren. Landesgesetze blieben jahrelang ohne Sanktionen, und bei der Formulierung von Gesetzestexten übte die Zentralbürokratie eine kleinliche Sprachpolizei aus. Das Österreichische Staatswörterbuch formulierte mit aller gewünschten Deutlichkeit: „Die Rechtsstellung der Länder beruhte mithin auf einer Concession der einen untheilbaren Staatsgewalt.“²³

5.

Die komplizierte Verschachtelung von zentralistischen und autonomen Elementen in der Verfassungswirklichkeit der Länder braucht hier nicht ausgefaltet zu werden²⁴. Integration heißt eben auch, der Peripherie einen Bereich der Selbstverwaltung zuzugestehen. Zum Beispiel war die Gemeindeautonomie in Österreich, zum Ärger der Hochbürokraten, außerordentlich stark entwickelt²⁵. Hier, in der Gemeinde und im Landtag, stand die Gehschule der Demokratie; ein Faktor, der häufig übersehen wird.

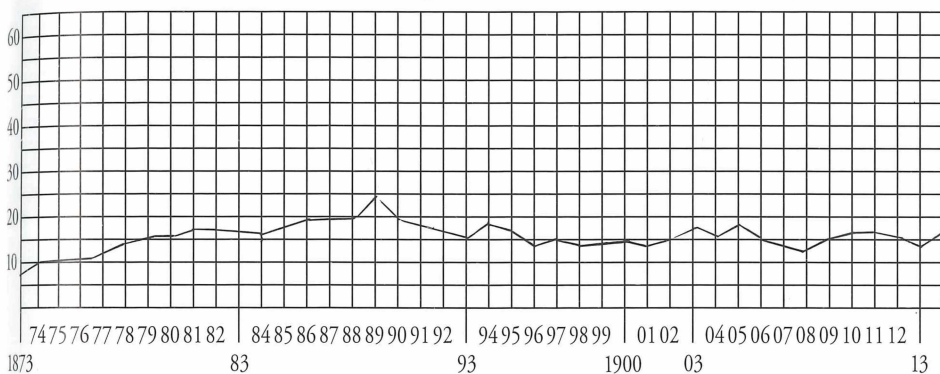
Der Selbstverwaltungsbereich reichte näher an das konkrete Alltagsleben heran. Bei einem Agraranteil von 56 Prozent (1900) berührte die Gesetzgebung der „Landeskultur“ die Interessen der Mehrheit der Bevölkerung. Und der Bereich der Selbstverwaltung nahm seit 1861 merkbar zu. Die soziale Differenzierung der Gesellschaft einerseits, der Aufbau des „Wohlfahrtsstaates“ andererseits (immer mehr Funktionen lösten sich vom Ganzen Haus und wurden von der lokalen und regionalen Öffentlichkeit übernommen: siehe die Altersversorgung), beide Prozesse jedenfalls stärkten die regionale Autonomie. Ein wichtiger Indikator für diese Tendenz kann in der rasanten Steigerung der Landessteuer gesehen werden: sie stieg von 10 Prozent der direkten Steuer in den 60er Jahren auf 65 Prozent um die Jahrhundertwende. Einen anderen Indikator bildet die Zahl der landwirtschaftlichen Ämter. In den 70er Jahren reichten vier Ämter, 1901 waren es bereits sechs, und 1911 wurden 15 Ämter und Anstalten verzeichnet²⁶.

Für das einfache Publikum war es anfänglich schwierig, die komplizierten Funktionstrennungen jeweils zu unterscheiden, wenn, wie in Salzburg, Landesregierung und Landesgericht im selben Gebäude residierten und der Landesausschuß um die Ecke saß²⁷.

Zwischen den beiden getrennten Bürokratien existierten jedoch beträchtliche Spannungen. Auf der Ebene der Chefs der beiden Behörden wurde diese Spannung bereits oben angesprochen. Die tendenzielle Konfliktsituation zwischen Penetration und Integration setzte sich nach unten, in die beiden Bürokratien hinein, fort.

Die Staatsbeamten kamen häufig von auswärts, im Baudienst z. B. aus Böhmen und Mähren²⁸. In der Presse wurde offen über diese Protektionswirtschaft geklagt. Von 1899 bis 1903 gab es allein fünf Fälle, bei denen eingesessene bürgerliche Beamte von auswärtigen hocharistokratischen Kandidaten überflügelt wurden²⁹. Bereits diese aristokratische Durchsetzung der Staatsbürokratie auf Landesebene entfachte das Ressentiment. Von den 70er Jahren an stieg der Anteil der Aristokraten (hoher Adel und Amtsadel) in der gesamten Staatsbürokratie (einschließlich der Diener!) auf 24 Prozent im Jahr 1889, um dann nur langsam zu sinken (vgl. Schaubild 2). Noch schärfer wird dieses Problem sichtbar, wenn man nur die Konzeptbeamten herausfiltert. 1909 waren von 41 Konzeptbeamten 20 Adelige (= 49 Prozent), 1913 waren es von 46 Konzeptbeamten 26 (= 57 Prozent)³⁰. Ein Teil der Hocharistokratie schätzte das geruhsame, respektable Landleben als Bezirkshauptmann hoch ein³¹.

Schaubild 2: Anteil der Aristokraten an der gesamten Staatsbürokratie in Salzburg 1873 bis 1913



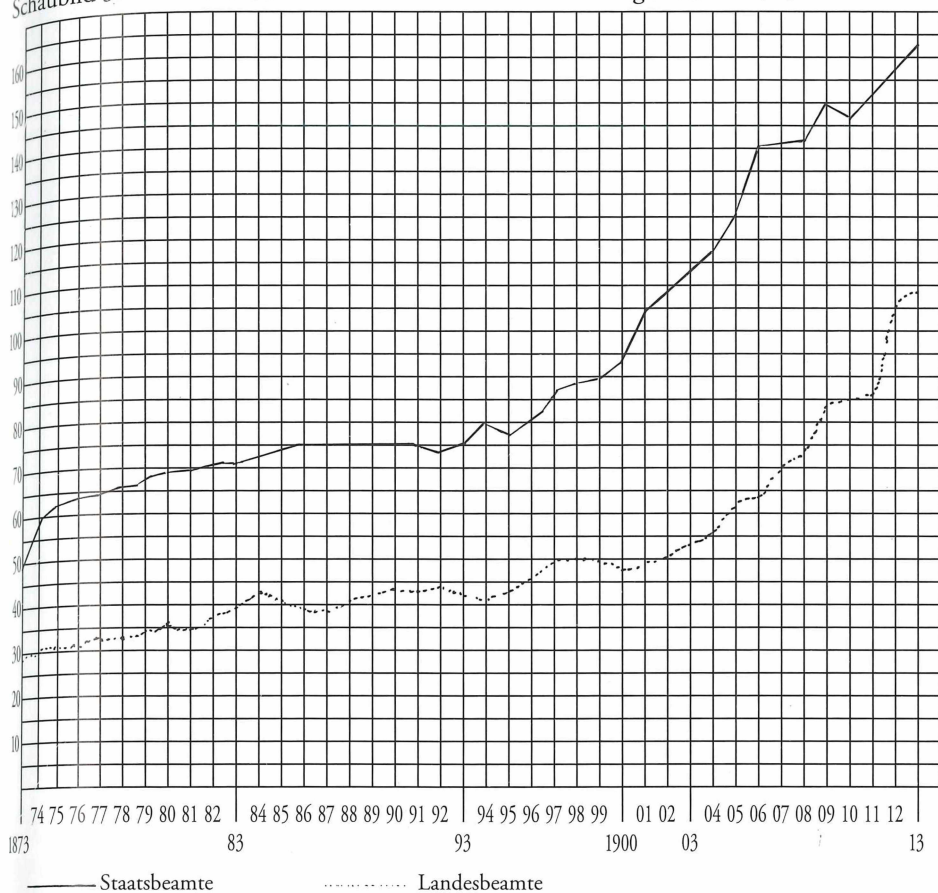
Der Zuzug von außen förderte nicht allein eine „Refeudalisierung“ der Staatsbürokratie; auch bürgerliche Aufsteiger von auswärts wurden benedict. In der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg spielte sich in der staatlichen Verwaltung ein Mann in den Vordergrund, der später durch seine gigantischen Unterschlagungen zum Salzburger Skandal wurde: Bezirkshauptmann Dr. Eduard Rambousek. Ein überaus fähiger Beamter, der immer außer der Reihe befördert wurde, liebenswürdig, gewandt, mit den besten Beziehungen zur Salzburger Gesellschaft. Ihm wurde eine große Zukunft vorausgesagt, und er unterhielt die besten Kontakte zum Thronfolger Franz Ferdinand, unterstützte dessen Jagdleidenschaft (gegen die Interessen der Salzburger Gemeinden) und verstand es, dem Thronfolger seine häufigen Salz-

burgaufenthalte so angenehm wie möglich zu gestalten. Die Landespräsidenten setzten ihr volles Vertrauen auf ihren Präsidialvorstand. Rambousek erwies seine politische Geschicklichkeit auch bei der Manipulation des Landtags. So rühmte er sich in einem Schreiben, gewisse landwirtschaftliche Gesetzesentwürfe „tot“ gemacht zu haben. Bereits im Herbst 1914 tauchten Gerüchte über seine Unzuverlässigkeit auf; er wurde als russischer Spion verdächtigt und polizeilich überwacht. Aber der damalige Landespräsident war bereits viel zu sehr von ihm abhängig. Der Skandal enthüllte sich erst im Herbst 1918³².

Bei den Landesbeamten hingegen dienten in den 70er Jahren zwei Adelige, ab 1900 kein einziger mehr. Der Landesdienst war die Domäne der Eingeborenen. Hier wurde das Juristenmonopol zuerst durchbrochen, denn die Leistungsverwaltung erforderte andere, mehr technisch ausgebildete Fachkräfte. 1907 tauchte im Amtskalender zum erstenmal eine „Maschinenschreiberin“ im Landes-Ausschuß-Amt auf. Doch das soziale Prestige der Staatsbeamten überragte das der Landesbeamten. Erst 1899 wurden die Bezüge gleichgestellt; und im Beamtenalltag existierte ein zähes Konkurrenzdenken, wenn z. B. der staatliche Baudienst und der landschaftliche Baudienst nebeneinander zu wirken hatten. Das war die Kehrseite der doppelten Verwaltung: höhere Kosten und vielfache Doppelgleisigkeit. Beide Verwaltungen wuchsen ungefähr im gleichen Tempo, von 1873 bis 1913 um jeweils das dreifache (Schaubild 3); das war eine Steigerungsrate, die Bernd Wunder auch für die Zivilbediensteten des Deutschen Reichs feststellen konnte³³.

Ein spezifisches „Landesbewußtsein“ dürfte sich bei den Landesbeamten eher ausgebildet haben als bei den mobileren Staatsbeamten. Beide Gruppen jedoch nahmen im kulturellen und gesellschaftlichen Leben der Stadt Salzburg einen hervorragenden Platz ein. Eine Studie über die soziale Reichweite der Vereine in Salzburg um 1865 zeigt, daß die Beamten in den Freizeit- und Bildungsvereinen besonders stark vertreten waren (Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Kunstverein, Liedertafel, Alpenverein etc.), hingegen mieden sie zunächst den Turnverein, dem wohl noch immer der Geruch des „Revolutionären“ anhaftete, und auffallenderweise auch die katholischen Vereine³⁴. Die Fiktion des „überpolitischen“ Beamten sollte bis 1914 möglichst aufrechterhalten bleiben.

Schaubild 3: Zahl der Staats- und Landesbeamten in Salzburg 1873 bis 1913



Anmerkungen

1 Meine Überlegungen basieren fast zur Gänze auf den Arbeiten von Stein Rokkan und seinen Mitarbeitern. Ich versuche lediglich, sie für eine historische Analyse praktikabel zu machen. – Vgl. *Stein Rokkan*, *Citizens, Elections, Parties* (Oslo 1970); *Building States and Nations*, Vol. 1, ed. *S. N. Eisenstadt* u. *Stein Rokkan* (Beverly Hills-London 1973); *The Formation of National States in Western Europe*, ed. *Charles Tilly* (Princeton 1975); *The Politics of Territorial Identity*, ed. *Stein Rokkan* u. *Derek W. Urwin* (London 1982); *Stein Rokkan* u. *Derek W. Urwin*, *Economy, Territory, Identity* (London 1983). Vgl. auch *Ernst Hanisch*, *Provinz und Metropole. Gesellschaftsgeschichtliche Perspektiven der Beziehungen des Bundeslandes Salzburg zu Wien (1918–1934)*, in: *Beiträge zur Föderalismusdiskussion (Salzburg 1981)*; etwas einseitig *Andrea Komlosy*, *An den Rand gedrängt. Wirtschaft und Sozialgeschichte des oberen Waldviertels (Wien 1988)*.

2 Vgl. dazu *Renate Banik-Schweitzer* u. *Gerhard Meißl*, *Industriestadt Wien. Die Durchsetzung der industriellen Marktproduktion in der Habsburgerresidenz (Wien 1983)*; *Gerhard Meißl*, *Moderne Stadtgeschichte in Österreich. Zur Forschungssituation in den 80er Jahren*,

in: *Zeitgeschichte* 14 (1986); *Renate Banik-Schweitzer*, Die Hauptstadt als Metropole – Wien in der zweiten Hälfte des 19. Jhs., in: 17 Österreichischer Historikertag, Eisenstadt 1987 (Wien 1988).

3 *Rokkan/Urwin*, *Economy* (wie Anm. 1), S. 10.

4 Vgl. *Gary B. Cohen*, *Society and Culture in Prague, Vienna and Budapest in the Late Nineteenth Century*, in: *East European Quarterly* 20 (1987).

5 *Rokkan/Urwin*, *Economy* (wie Anm. 1), S. 64.

6 *Iván T. Berend* u. *György Ránki*, *The European Periphery and Industrialization 1780–1914* (Cambridge 1982).

7 *Stein Rokkan*, Die vergleichende Analyse der Nationenbildung: Modelle und Methoden, in: *Theorien des sozialen Wandels*, hg. v. *Wolfgang Zapf* (Köln 1970).

8 *Ernst Hanisch*, Historische Überhänge in der österreichischen politischen Kultur, in: *Österr. Zs. f. Politikwissenschaft* (1984), S. 15–19; *ders.*, Beobachtungen zur Geschichte der österreichischen Bürokratie, in: *Zeitgeschichte* 14 (1986), S. 1–18.

9 *Perry Anderson*, *Die Entstehung des absolutistischen Staates* (Frankfurt/Main 1979), S. 393.

10 *Robert Hoffmann*, Salzburg im Biedermeier, in: *MGSL* 120/121 (1980/1981), S. 219–274.

11 *Immanuel Wallerstein*, Das moderne Weltsystem – Die Anfänge kapitalistischer Landwirtschaft und die europäische Weltökonomie im 16. Jh. (Frankfurt/Main 1986).

12 *Josef Wisocky*, Die gewerbliche Wirtschaft Salzburgs von 1816 bis 1860, in: *Zs. f. Unternehmensgeschichte* 24 (1979), S. 150–179.

13 *Ernst Hanisch* u. *Ulrike Fleischer*, Im Schatten berühmter Zeiten. Salzburg in den Jahren Georg Trakls (1887–1914) (Salzburg 1986), S. 31–36.

14 Zum theoretischen Konzept: Provinzialisierung einer Region. Zur Entstehung der bürgerlichen Gesellschaft in der Provinz, hg. v. *Gert Zang* (Frankfurt/Main 1978).

15 *Hanisch/Fleischer*, Im Schatten (wie Anm. 13), S. 62–65.

16 *Ernst Hanisch*, Wirtschaftswachstum ohne Industrialisierung: Fremdenverkehr und sozialer Wandel in Salzburg 1918–1938, in: *MGSL* 125 (1985), S. 817–835.

17 *Karl Ucakar*, Demokratie und Wahlrecht in Österreich. Zur Entwicklung von politischer Partizipation und staatlicher Legitimationspolitik (Wien 1985), S. 357.

18 Vgl. *Hans Boldt*, Stein Rokkans Parteitheorie und die vergleichende Verfassungsgeschichte, in: Politische Parteien auf dem Weg zur parlamentarischen Demokratie in Deutschland, hg. v. *Lothar Albertin* (Düsseldorf 1981).

19 SLA, PA, 1907/2, 2794, 2798.

20 *Heinrich Rauchberg*, Österreichische Bürgerkunde (Wien 1911); *Ernst C. Hellbling*, Die Landesverwaltung in Cisleithanien, in: *Die Habsburgermonarchie 1848–1918*, 2. Bd. (Wien 1975), S. 190–269; *Wilhelm Brauneder* u. *Friedrich Lachmayer*, Österreichische Verfassungsgeschichte (Wien 1980), S. 175–178; *Georg Schmitz*, Die Anfänge des Parlamentarismus in Niederösterreich. Landesordnung und Selbstregulierung 1861–1873 (Wien 1985); *Hanns Haas*, Das liberale Zeitalter, in: *Heinz Dopsch* u. *Hans Spatzenegger* (Hg.), *Geschichte Salzburgs – Stadt und Land*, Bd. II/2 (Salzburg 1988), S. 718–901.

21 Vgl. dazu *Hanisch*, Beobachtungen (wie Anm. 8), S. 9–13.

22 Schreiben des Innenministers an den Landespräsidenten, SLA, Geh. PA, Fas. 23/4, 1902.

23 Österreichisches Staatswörterbuch, hg. v. *Ernst Mischler* u. *Josef Ulbrich*, 2. Bd. (Wien 1897), S. 1140.

24 Zuletzt: *Schmitz*, Die Anfänge (wie Anm. 20).

25 *Hanns Haas*, „Die Grundfeste des freien Staates ist die freie Gemeinde“. Salzburger Erfahrungen zur Gemeindeautonomie 1864–1868, in: *MGSL* 126 (1986), S. 555–568.

26 Verhandlungen des Salzburger Landtages, 29. 11. 1873, S. 252 ff.; Die Ämter der Landschaft, in: 50 Jahre Landtag 1861–1911 (Salzburg 1911), S. 70–75.

27 Verhandlungen des Salzburger Landtages, 16. 1. 1863, S. 168.

28 *Christian Willomitzer*, *Geschichte des Baudienstes im Land Salzburg* (Salzburg 1985), S. 161–207.

29 *Hanisch/Fleischer*, Im Schatten (wie Anm. 13), S. 28.

30 Amtskalender 1909, 1913.

31 Vgl. dazu *Irmtraud Froschauer*, Dr. Eduard Prinz von und zu Liechtenstein. Das vielseitige Wirken eines altösterreichischen Beamten (Genf 1985).

32 *Hanisch/Fleischer*, Im Schatten (wie Anm. 13), S. 56 f.

33 *Bernd Wunder*, Geschichte der Bürokratie in Deutschland (Frankfurt/Main 1986), S. 72.

34 *Hanns Haas*, Salzburger Vereinskultur im Hochliberalismus (1860–1870), in: Vom Stadtrecht zur Bürgerbeteiligung. FS. 700 Jahre Stadtrecht von Salzburg, hg. v. *Heinz Dopsch* (Salzburg 1987), S. 190.

Anschrift des Verfassers:
Univ.-Prof. Dr. Ernst Hanisch
Universität Salzburg, Inst. f. Geschichte
Rudolfskai 42
A-5020 Salzburg

ZOBODAT - www.zobodat.at

Zoologisch-Botanische Datenbank/Zoological-Botanical Database

Digitale Literatur/Digital Literature

Zeitschrift/Journal: [Mitt\(h\)eilungen der Gesellschaft für Salzburger Landeskunde](#)

Jahr/Year: 1991

Band/Volume: [131](#)

Autor(en)/Author(s): Hanisch Ernst

Artikel/Article: [Zentrum - Peripherie: Modellüberlegungen am Beispiel des Kronlandes Salzburg. 187-199](#)